

Charlie Hebdo und das linke Appeasement

Die europäische Linke hat die islamistische Gefahr viel zu lange banalisiert.

Ernst Hillebrand im IPG-Journal vom 08.01.2015

"Viel zu oft hat die europäische Linke aus Gründen der Political Correctness weggesehen."

Das Attentat gegen Charlie Hebdo kam mit Ansage. Islamistische Gewalt oder ihre Androhung ist spätestens seit der Fatwa gegen Salman Rushdie Teil der politischen und kulturellen Landschaft Europas. Diesmal hat sie mit Charlie Hebdo eine Ikone der libertären Gesellschaften Europas getroffen: Wie kein anderes Medium war „Charlie“ ein Kind des Mai 68.

Die Frage ist, ob die europäische Linke aus diesem Angriff endlich Konsequenzen zieht. Denn die bittere Wahrheit ist, dass die europäische Linke viel zu lange die islamistische Gefahr banalisiert hat. Gefangen in einem Werte relativierenden Multikulturalismus hat sie passiv zugesehen, wie an den Rändern der Zuwanderungsgesellschaften Westeuropas ein Klima des antiwestlichen Hasses heranwuchs. Wenn dieser Hass schließlich tätig wurde, hat sie sich meistens weggeduckt. Viel zu oft hat die europäische Linke aus Gründen der Political Correctness weggesehen: Als islamische Fanatiker im Zuge des Karikaturenstreits Menschen töteten und bedrohten, hat sie Verständnis für die verletzten Gefühle der Täter gezeigt, nicht für die der Opfer. Erst nach einem Aufschrei der Öffentlichkeit ging die Labour-Regierung in Großbritannien gegen die Fanatiker vor, die mit ihren „Kill all Enemies of Islam“-Plakaten durch britische Städte zogen. Weggesehen wurde auch, als in britischen Islamschulen die Amputation von Gliedern zum Unterrichtsthema wurde. Wenn, wie in Rotherham, organisierte sexuelle Gewalt aus migrantischen Milieus gegen Minderjährige ausging, wurde die Strafverfolgung behindert. Als die französische Assemblée Nationale für das Verbot der Burka stimmte, enthielt sich die PS-Fraktion der Stimme. Weder Salman Rushdie noch Kurt Westgaard haben von der europäischen Linken viel Unterstützung erfahren. Im Gegenteil: Immer wieder hat die Linke eingestimmt in den Chor derjenigen, die jede Kritik an der kulturellen und politischen Praxis des Islam als „menschenfeindliche“ Islamphobie und Xenophobie tabuisierten. Säkulare und assimilationsorientierte Einwanderer wurden in ihrem Kampf gegen religiöse Identitätspolitik weitgehend allein gelassen.

Die Dynamik und Pathologie der ideologischen und politischen Entwicklungen in der islamischen Welt hat die Linke nie ernsthaft interessiert. Religiöser Fanatismus, Gewaltkultur, Radikalisierung und Anti-Okzidentalismus in migrantischen Milieus wurden immer nur als Reaktion auf angebliche Ausgrenzungserfahrungen behandelt. Auf eine perverse Art artikuliert sich hier ein paternalistischer Gutmenschenrassismus, der auch 50 Jahre nach der Entkolonialisierung den muslimischen Anderen nicht als Subjekt seiner Geschichte begreifen kann, sondern nur als reagierendes Objekt

westlichen Handelns. Der Islamismus ist aber nicht in Seine-Saint Denis oder Neukölln entstanden, sondern in Riad, Kairo und Islamabad. Er ist ein ideologisches Kind der Modernisierungskonflikte der islamischen Welt selbst.

Der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff hatte völlig Recht, als er erklärte, dass „der Islam zu Deutschland gehört“. Man mag das gut oder schlecht finden, es ist einfach so, weil in diesem Land (und auf diesem Kontinent) eine signifikante Gruppe von Menschen lebt, die dieser Religion angehören und sich ihrem Weltbild verpflichtet fühlen. Diese Normalität des Islam in Europa bedeutet aber auch, dass die europäische Linke sich mit ihm wie mit jeder anderen Ideologie auseinanderzusetzen hat.

Gegner eines linken Menschenbildes

Sie hat zu prüfen, wo und wie ihre Werte und Ziele mit den Normen und der kulturellen und gesellschaftlichen Praxis dieser Religion übereinstimmen, aber auch, wo sie diesen widersprechen. Dort, wo diese Ideologie im Widerspruch zu zentralen Zielen eines linken Menschenbildes steht, wo sie elementaren Freiheits- und Gleichheitsnormen widerspricht, ist sie ein politischer Gegner, wie jede andere derartige Denkschule auch. Oliver Schmolke, einer der klügsten Köpfe der deutschen Sozialdemokratie, schreibt in seinen Buch „Über die Freiheit“: „Die Menschen, die kamen, brachten die nationalen Identitätskämpfe ihrer Heimatländer mit, und sie als Gleiche anzuerkennen, muss auch heißen, ihre Ideologien mit gleichem Maß zu beurteilen. Nationalistische und religiös fundamentalistische Einwanderer sind Rechtsextreme, die wie ihre europäischen Verwandten einer Ideologie der Ungleichheit anhängen. Das hätten Linke immer wissen und sagen müssen.“

Das haben sie aber oft genug nicht getan. Die Tradition der Ideologie- und Religionskritik, die seit den Tagen der Aufklärung ein wesentliches Element der normativen und praktischen Emanzipations- und Freiheitsambition der europäischen Linken war, wurde durch das Schlagwort der Xenophobie mundtot gemacht. Stattdessen hat die Linke tatenlos zugesehen, wie sich eine homophobe, anti-semitische, radikal freiheits-, gleichheits- und frauenfeindliche Ideologie in Europa breit gemacht hat. Zur wachsenden Gewaltbereitschaft dieser Bewegung hat sie – jenseits von Warnungen vor „Verallgemeinerungen“ – fast nichts zu sagen gehabt. Diese Realitätsverweigerung droht sich nun bitter zu rächen. Der Kampf gegen religiösen Totalitarismus und Obskurantismus hat im 19. Jahrhundert dazu beigetragen, die Linke in Europa groß zu machen. Ihre Feigheit, diesen Kampf unter geänderten Umständen wieder aufzunehmen, droht sie nun klein zu machen: politisch und moralisch.

Dr. Ernst Hillebrand ist Leiter des Referats Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nach Studium der Politikwissenschaften ist er seit 1990 in verschiedenen Funktionen für die FES tätig, u.a. als Referatsleiter Mittel- und Osteuropa und Leiter der Büros in Paris und London.